

(Minister Dr. Vesper)

- (A) Ferner ist es uns gelungen - das sollte man hier auch einmal hervorheben -, im kommenden Jahr ein zusätzliches REN-Programm zu eröffnen, nämlich ein REN-Programm für Landesbauten. Ich denke, gerade das Land als Bauherr hat eine Vorbildfunktion und muß diese Vorbildfunktion auch im Bereich der erneuerbaren Energieträger erfüllen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will zum Schluß darauf hinweisen, daß Baupolitik immer auch Konjunkturpolitik ist und daß wir mit unserer Wohnungsbauförderung und all unseren Programmen dafür sorgen, daß Menschen am Bau Arbeit haben und daß Arbeitsplätze in zukunftssicheren Bereichen geschaffen und erhalten werden; dies geschieht auch durch das REN-Programm. Insofern werden wir auch weiterhin für ein sozial ausgewogenes und ökologisch orientiertes Wohnungsbauprogramm eintreten und dafür kämpfen, daß der soziale Wohnungsbau nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in der gesamten Bundesrepublik Zukunft hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Vesper. - Weitere Wortmeldungen liegen zum Einzelplan 14 nicht vor. Ich **schließe** deshalb die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 14 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/1614. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. - Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltung. Damit ist der **Einzelplan 14** mit den Stimmen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **verabschiedet** worden.

Ich rufe auf

Einzelplan 11: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1611**, **eröffne die Beratung** und erteile für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Speth das Wort.

Brigitte Speth (SPD *): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man muß zunächst einmal feststellen, daß die diesjährigen Haushaltsberatungen eine völlig neue Qualität aufweisen: Die Opposition schweigt, sie hat sich verabschiedet. Dazu sage ich: Offensichtlich sind 30 Jahre Opposition in diesem Land noch nicht genug.

Die zweite Lesung des Haushaltes ist die Stunde des Parlamentes, die Stunde der Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker und damit selbstverständlich auch die Stunde der Opposition. Bereits in den Beratungen auch im Frauenausschuß hat sich die Opposition verabschiedet: kein Antrag, kein Redebeitrag zur Sache.

Im Frauenausschuß konnte man allerdings deutlich spüren, wie schwer es der CDU-Fraktion gefallen ist, sich offensichtlich auf Weisung an den Beratungen der Anträge der Koalitionsfraktionen nicht beteiligen zu dürfen.

Was ist das, meine Damen und Herren, für eine Opposition, die sich öffentlich dazu bekennt, den Auftrag, den Sie qua Wahl bekommen hat, nicht auszuführen? Das, meine Damen und Herren, ist aus meiner Sicht die Verletzung eines Verfassungsauftrags.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Besonders bedauerlich ist das Verhalten der Opposition im Frauenbereich. In der Vergangenheit bestanden dort trotz aller Unterschiede der Fraktionen in wichtigen frauenpolitischen Fragen und Forderungen auch Gemeinsamkeiten. Jahr für Jahr hat auch die CDU-Fraktion zum Beispiel dem Ausbau von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen zugestimmt. Ich war immer sehr froh, daß wir gerade in diesem politisch sehr sensiblen Bereich ein hohes Maß an Übereinstimmung hatten. Das hat übrigens auch der Sache sehr gut getan.

Nun zum Haushalt selbst! In Zeiten knapper Kassen findet der Sparprozeß in so mancher Kommune, in manchem Land, vor allem im Bund in besonders sensiblen Bereichen statt: in der Kinder- und Jugendpolitik, in der Kultur- und auch in der Frauenpolitik. Auf diesem Hintergrund bin ich der Landesregierung sehr dankbar, daß mit dem Einzelplan 11 ein Entwurf vorgelegt wurde, der im wesentlichen von Kürzungen verschont blieb. Damit bleibt es bei der politisch gewollten Schwerpunktsetzung im Frauenbereich.

(C)

(D)

(Speth [SPD])

- (A) Landesregierung und Koalitionsfraktionen sind verlässliche Partnerinnen in Sachen Frauenpolitik. Wir haben über viele Jahre ein solides Fundament geschaffen, auf dem insgesamt die Entscheidungen, die Diskussionen, die Konzeptionen der Koalitionsfraktionen aufbauen konnten. Klar ist, daß angesichts der schwierigen Haushaltslage so manche Idee oder auch wünschenswerte Konzeption zugunsten von Frauen nur stufenweise zu realisieren sind. Kontinuität, Solidität, Engagement und Kreativität sind Markenzeichen unserer Frauenpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Die Koalitionsfraktionen haben den Einzelplan 11 über den Entwurf der Landesregierung hinaus noch verbessert. Unsere gemeinsamen Änderungsanträge beziehen sich im wesentlichen auf zwei Schwerpunkte.

Der erste Schwerpunkt sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Wir hatten bereits im letzten Haushalt 500 000 DM für einen Dienstleistungspool. Diese Position ist jetzt um weitere 1 Million DM aufgestockt worden. Mit dem Dienstleistungspool ist ein arbeitsmarktpolitisches Instrument gefunden worden, um Tätigkeiten in privaten Haushalten zu legalisieren und die zumeist Frauen, die in Privathaushalten arbeiten, zu professionalisieren, so sie es selber wollen. Ein offenes Problem, was den Dienstleistungspool angeht, sind die sozial ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse, die es nur sehr schwer möglich machen, daß sich ein solcher Dienstleistungspool im Wettbewerb bewähren kann.

- (B) Am Rande bemerkt: Nach wie vor halte ich es für einen Skandal, daß die Bundesregierung nicht endlich die Kraft findet, diese ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse generell zu verbieten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zu den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gehören natürlich auch die Regionalstellen Frau und Beruf. Hier gibt es Mittel in ausreichender Höhe, um flächendeckend Regionalstellen zu installieren; 31 sind es bereits.

Die Aufgabenstellung der Regionalstellen ist vielfältig. Pauschal gesagt sollen sie Frauen beraten, die ihren Beruf wieder aufnehmen wollen, zum Beispiel nach einer Familienphase. Sie wollen Frauen beraten, die sich beruflich verändern wollen. Sie beraten Firmen in Sachen Frauenförderung. Sie konzipieren mit ansässigen Betrieben

- und/oder Einrichtungen Arbeitsmarktprojekte, die Frauenarbeitsplätze sichern oder schaffen. Die Regionalstellen Frau und Beruf sind also ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument, das den Frauen in den jeweiligen Regionen direkt hilft. (C)

Nachrichtlich: Diese Regionalstellen will die CDU ausweislich eines Antrags abschaffen. Damit handelte die CDU, so sie es denn durchsetzen könnte, eindeutig gegen die Interessen der Frauen. Ich wäre dankbar, wir könnten uns hier mit den Argumenten der CDU auseinandersetzen. Aber dies ist uns leider verwehrt.

Der zweite Schwerpunkt sowohl im Haushalt der Frauenministerin als auch in den Anträgen der Koalitionsfraktionen ist der Problembereich Gewalt gegen Frauen und Kinder. Es ist schrecklich, daß es in unserer Gesellschaft notwendig ist, besondere Schutzeinrichtungen für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind, überhaupt schaffen zu müssen. Gewalt an Frauen und Kindern ist tägliche Realität. Wir wollen und dürfen uns nicht daran gewöhnen. Deshalb brauchen wir ein ganzes Maßnahmenpaket, um dieses Problem überhaupt im Ansatz lösen zu können. Dazu zählen im wesentlichen Prävention, Beratung, Schutz und Hilfe.

- Mit den Frauenhäusern sind wir bereits in der Fläche. In jeder kreisfreien Stadt und in jedem Kreis gibt es mindestens ein Frauenhaus. Ein weiteres wird nach der Verabschiedung des Haushalts eingerichtet werden können. Wir denken dabei an einen sehr großen Flächenkreis, in dem es zwar schon ein Frauenhaus gibt, von dem wir aber wissen, daß dieses Frauenhaus für viele Frauen, die dort wohnen, nicht erreichbar ist. Deshalb brauchen wir dort ein zweites. Wir haben dafür 300 000 DM mehr eingestellt. (D)

600 000 DM mehr sind für die Mädchenhäuser eingestellt worden.

Ebenso notwendig ist aus unserer Sicht der weitere Ausbau der Frauenberatungsstellen. Die Koalitionsfraktionen haben zusätzliche Mittel von 600 000 DM bereitgestellt, um im kommenden Jahr vier weitere Frauenberatungsstellen vor allen Dingen im ländlichen Bereich einrichten zu können.

Künftig wird es erstmalig eine landesweite Anlaufstelle für von organisierter sexueller Gewalt Betroffene geben. Dafür werden zum ersten Mal 250 000 DM bereitgestellt. Das ist mit Sicherheit

(Speth [SPD])

(A) richtig. Gleichwohl darf unserer Debatte, die nach den schrecklichen Ereignissen in Belgien verstärkt geführt wird, nicht davon ablenken, daß sexuelle Gewalt und sexueller Mißbrauch von Kindern zu meist im direkten häuslichen Umfeld geschehen. Ich fürchte, daß sich die Diskussion auf dem Hintergrund Belgien, so schrecklich dieser Hintergrund ist, in eine falsche Richtung verschiebt.

In diesem Zusammenhang kommt dem Dritten Ausführungsgesetz zum KJHG, zum Kinder- und Jugendhilfegesetz, eine ganz besondere Rolle zu. Wir brauchen nämlich eine in sich geschlossene Konzeption zum Schutz vor sexueller Gewalt. Diese Konzeption muß die Elemente Prävention, Beratung, Schutz und Hilfe beinhalten, und dieses alles muß im Laufe der Beratungen konkretisiert werden.

Vielleicht, meine Damen und Herren der CDU, die Sie sehr spärlich hier vertreten sind, ist das trotzdem die Gelegenheit, die Sessel des vorgezogenen Ruhestandes spätestens dann zu verlassen, wenn wir an dieser Konzeption weiterarbeiten. Für die SPD-Fraktion sage ich, daß wir bei unserer Arbeit die uns eigene Kreativität und Solidität kontinuierlich und engagiert für die Frauen, für die Kinder und damit auch für die Männer in diesem Land einbringen werden. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin Speth. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneten Hürten das Wort.

Marianne Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn bei der CDU heute Funkstille herrscht, wollen wir uns die Gelegenheit, die die zweite Lesung des Haushalts bietet, doch nicht entgehen lassen und wollen eben prüfen, wie sich die Landespolitik der rot-grünen Koalition bezogen auf das jeweilige Aufgabengebiet entwickelt hat und welche Perspektiven sich gestützt auf den Haushalt für das kommende Jahr bieten werden.

Lassen Sie mich daher die Bewertung für den Bereich Frauenpolitik wie folgt zusammenfassen: Die Beschlußempfehlung zum Einzelplan 11, also der Haushaltsentwurf einschließlich der von den Koa-

litionsfraktionen im Frauenausschuß eingebrachten und beschlossenen Änderungen, sind ein Beleg dafür, daß die Koalition frauenpolitisch ein Gewinn ist und daß die politischen Grundsatzbeschlüsse des Landtags und seiner Ausschüsse, wie sie sich aus den inhaltlichen Anträgen ergeben, und die finanzpolitischen Beschlüsse Hand in Hand gehen.

(C)

Ich darf dies an einigen zentralen Beispielen belegen. Betrachten wir zunächst einmal das wichtige Thema sexuelle Gewalt, das vorhin auch Frau Kollegin Speth angesprochen hat. Im November-Plenum haben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag mit der Überschrift "Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen bekämpfen" vorgelegt. Neben der Verbesserung von Aufklärung, Information und Prävention, neben der Schaffung mädchengerechter Strukturen und der Förderung von Mädchenarbeit in der Schule und der Jugendhilfe werden dort unter anderem die Förderung spezialisierter Beratungsstellen und die Sicherung und Weiterentwicklung von Zufluchtsmöglichkeiten gefordert.

In der Sitzung des Frauenausschusses in der vergangenen Woche haben wir einen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen verabschiedet, der den Titel trägt "Schutz und Hilfe für Opfer von Straftaten sachgerecht weiterentwickeln". Viele Forderungen, die Initiativen der Frauenbewegung bei der Unterstützung von Opfern sexueller Gewalt entwickelt haben, sind in diesen Antrag eingeflossen.

(D)

Neben der Forderung bzw. der Unterstützung von Bundesratsinitiativen zur Verbesserung der Prozeßkostenhilfe, zur Sicherstellung eines Rechtsbeistandes und Ausweitung der Nebenklagemöglichkeiten für Opfer von Sexualdelikten geht es auf Landesebene außer Verbesserungen in den Bereichen von Polizei und Justiz vor allem um die direkte Unterstützung der Opfer, insbesondere der Opfer sexueller Gewalt.

Mit unseren Haushaltsanträgen, die Ihnen hier zur Beschlußfassung vorgelegt werden, haben wir umgehend die finanzielle Umsetzung eines Teils dieser Anliegen in Angriff genommen.

Wir wollen die Mittel für Mädchenhäuser um 600 000 DM aufstocken. Mit diesen Mitteln ist z. B. eine stärkere Bezuschussung der drei bestehenden Mädchenhäuser möglich. Es ist bekannt, daß sich die Mädchenhäuser in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Würde das Land bei-

(Hürten [GRÜNE])

- (A) spielsweise die Kosten für die psychosoziale Betreuung übernehmen, würden die Tagessätze auf ein durchschnittliches Niveau sinken, und die Belegung und Kostenübernahme durch die Kommunen wären dann kein Problem mehr.

Darüber hinaus kann mit den aufgestockten Mitteln auch die Förderung weiterer Zufluchtsmöglichkeiten in Angriff genommen werden.

1 Million DM wollen wir unter dem Titel "Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben von Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen tätig sind" vor allem den Notrufen zugute kommen lassen. Notrufe werden vom Land bisher nicht gefördert. Sie arbeiten daher in erheblichem Umfang ehrenamtlich oder unterstützt durch ABM-Kräfte und in Einzelfällen auch mit geringer kommunaler Unterstützung.

Die Schwerpunkte der Notruferarbeit liegen in der direkten Unterstützung von Frauen und Mädchen als Opfer sexualisierter Gewalt, der Krisenintervention, der Telefonberatung und der Prozeßvorbereitung und -begleitung.

- (B) Neben der Förderung von Notrufen wollen wir auch in die Förderung einer landesweiten Fachstelle gegen organisierte sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche neu einsteigen. Frau Speth hat bereits darauf hingewiesen: Sexuelle Gewalt ist in ihrem großen Umfang ein Problem im privaten Umfeld, und von daher ist es auch richtig, in der Fläche eben Beratungsstellen, Unterstützungsstellen, Zufluchtsmöglichkeiten für diesen Bereich zu nutzen. Aber sexuelle Gewalt in Sekten, durch Pornohersteller oder ähnliche Kinderschändercliquen ist ein besonders grausames Kapitel, und die Beratung sowohl von Betroffenen, aber auch der sie unterstützenden Stellen und auch die Kooperation mit Strafverfolgungsbehörden bedürfen der besonderen Sachkenntnis in bezug auf die Strukturen und Methoden dieser Verbrecherbanden.

Bleibt noch zu erwähnen, daß wir darüber hinaus im Ausbau des Netzes an Frauenberatungsstellen und der Förderung eines weiteren Frauenhauses fortschreiten wollen. Auch das sind wichtige Beiträge zur Unterstützung von Frauen in Krisensituationen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie verhält sich nun die CDU in diesem wichtigen Problemfeld? Wir müssen ihre Arbeit ja quasi heute mit erledigen. Sowohl in bezug auf sexuelle

- (C) Gewalt an Kindern und Jugendlichen wie auch in bezug auf Opferhilfe hat die CDU hier im Landtag inhaltliche Anträge vorgelegt und mehr direkte und indirekte Unterstützung gefordert. Und jetzt bei den Haushaltsberatungen? - Wir sehen sie nicht, wir hören sie nicht. Weder hat die CDU einen einzigen eigenen Antrag vorgelegt, noch hat sie den Koalitionsanträgen zugestimmt, die ja unter anderem das umsetzen, was auch die CDU vordergründig - vordergründig, betone ich! - fordert. Heute verzichtet sie sogar darauf zu reden.

Was schließe ich daraus? Sie nehmen Ihre eigenen inhaltlichen Anträge nicht ernst.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wenn es um das Konkrete geht, wenn es ums Geld geht, ist Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die Unterstützung der Opfer von Straftaten und insbesondere die Unterstützung der Opfer sexueller Gewalt keine müde Mark wert, ja, nicht einmal ein Wort haben Sie heute für sie übrig.

- (D) Wie dagegen inhaltliche Beschlußfassung und finanzielle Umsetzung bei den Koalitionsfraktionen funktionieren, will ich mit einem weiteren Beispiel belegen, und zwar der ungeschützten Beschäftigung. - Im Herbst haben die Koalitionsfraktionen dem Landtag einen Antrag zur Eindämmung der ungeschützten Beschäftigung und zur Ausdehnung der Sozialversicherungspflicht vorgelegt. Neben der Einleitung entsprechender Bundesratsinitiativen wollen wir auch Aktivitäten auf Landesebene einleiten, unter anderem durch die modellhafte Erprobung von Dienstleistungspools.

Wir alle wissen - auch Frau Speth hat es benannt -, daß es in den Privathaushalten in erheblichem Maße geringfügige Beschäftigung gibt, oft nur im Umfang von nur wenigen Stunden. Wir wollen Modelle entwickeln und erproben, wie sich durch Bündelung des Unterstützungsbedarfs an einzelnen Haushalten sozialversicherte und tariflich entlohnte Teilzeitstellen entwickeln lassen. Die Organisation, Vermittlung und Abrechnung dieser Dienstleistungen soll über Pools oder entsprechende Dienstleistungsagenturen laufen.

Wir haben festgestellt: Das Interesse an solchen Dienstleistungspools ist groß. Aber es gibt noch viele ungeklärte Fragen: Welche Qualifikationen werden beispielsweise von den Haushalten erwartet, und welche Preise lassen sich darüber am Markt durchsetzen? Wie können zum Beispiel

(Hürten [GRÜNE])

- (A) auch die Steuervorteile für die Beschäftigung von Haushaltshilfen in Privathaushalten von Dienstleistungspools genutzt werden, um darüber zu einer indirekten Preissubventionierung zu kommen?

Um diese Fragen zu klären, um tragfähige Konzepte zu entwickeln, brauchen wir weitere Modellversuche. Dafür wollen wir der Gleichstellungsministerin zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

Und die CDU? Auch an dieser Stelle sei die Frage gestattet: Was macht sie in dieser Debatte? Statt sich an dieser Debatte konstruktiv zu beteiligen, statt sich dem Gesamtproblem der ungeschützten Beschäftigung angemessen zu widmen, führt sie im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine unglaublich alberne Geschäftsordnungsdebatte mit dem Ziel, eine Exklusivanhörung nur für die von ihr favorisierten Dienstleistungsschecks durchzuführen, statt sich an der vom Ausschuß mit großer Mehrheit beschlossenen gemeinsamen Anhörung zu dem Gesamtproblem "ungeschützte Beschäftigung" einschließlich des CDU-Antrags zum Dienstleistungsscheck zu beteiligen. Das finde ich überhaupt nicht angemessen. Dazu sage ich nur: Jeder blamiert sich, so gut er kann.

- (B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Auch in bezug auf die Unterstützung der Existenzgründung durch Frauen gehen die inhaltlich-konzeptionelle, von den Koalitionsfraktionen getragene Meinungsbildung hier im Hohen Hause und die finanzielle Beschlußfassung Hand in Hand. Ich will das nicht mehr im Detail ausführen. Die wichtige Funktion der Regionalstellen "Frau und Beruf" in diesem Zusammenhang ist hier genannt worden. Auch da tun wir finanziell das Notwendige, um sie in der Breite im Land etablieren zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn die inhaltlich-konzeptionelle Meinungsbildung in der Koalition nicht immer einfach ist und wenn wir auch festgestellt haben, daß sie in Einzelfällen ihre Zeit braucht, komme ich auch in diesem Jahr bei der Bewertung der frauenpolitischen Aktivitäten und Perspektiven in der Koalition zu der Auffassung: Rot-Grün ist ein Gewinn für die Frauen in Nordrhein-Westfalen. Ich wünsche mir, daß das so bleibt und die Gewinnsteigerung für die Frauen in den kommenden Jahren zunimmt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Hürten. - Das Wort hat die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Frau Ridder-Melchers. Bitte sehr.

(C)

Ilse Ridder-Melchers, Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe bei der ganzen Debatte leider feststellen müssen, daß die CDU nicht nur nicht anwesend ist und nicht redet, sondern nicht einmal aus dem Fachauschuß jemand wenigstens still an der Debatte teilnimmt.

(Marianne Hürten [GRÜNE]: Die schämen sich!)

- Ich habe auch fast das Gefühl, daß sie sich schämen, daß sie sich von Herrn Linssen hier so haben beeinflussen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Die beiden Vorrednerinnen haben ganz deutlich gemacht, daß das Land Nordrhein-Westfalen eine verlässliche Politik für Frauen macht. Wir haben eine Fraueninfrastruktur, um die uns andere Länder beneiden, und wir setzen die Schwerpunkte dort, wo es um die Probleme und Sorgen und Nöte von Frauen geht, um die eigenständige Existenzsicherung von Frauen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die soziale Sicherung von Frauen auch im Alter, um den Abbau von ungeschützten Arbeitsverhältnissen und dergleichen mehr.

(D)

Das Land hat für das kommende Jahr über 800 Millionen DM zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt. Die Positionen sind noch verstärkt worden. Wir sichern mit unserem Aktionsprogramm "Frau und Beruf", daß die Frauen an diesen Programmen des Landes gleichberechtigt teilhaben. Dies gilt natürlich auch für die Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes, zum Beispiel die Förderung der Regionalstellen, die besonderen Akzente im Bereich des Existenzgründungsprogramms und vieles andere mehr.

Die gute Mischung, die wir hier in Nordrhein-Westfalen gefunden haben, daß wir Wirtschafts- und Strukturmittel auch für Frauenförderung einsetzen, sind gute Dinge, die nach vorn weisen, nicht zuletzt auch unsere Landesinitiative "Chancengleichheit im Beruf", bei der wir die Unternehmen mit ins Boot nehmen nach dem Motto: Wir

(Ministerin Ridder-Melchers)

- (A) wollen eine neue Unternehmenskultur schaffen, damit die Unternehmen wissen, daß zukünftig die Chancengleichheit für Frauen einfach dazugehört und Normalität im Alltag von Betrieben ist.

Ich will hier nur ein Beispiel aus dem Wiedereinstiegsprogramm nennen, wie die Arbeitsmarktpolitik des Landes bei Frauen wirkt. In diesem Jahr fördern wir landesweit 49 Projekte und insgesamt 1 041 Teilnehmerinnen und sichern damit auch Unterhaltsgelder. Diese Frauen schließen nach einem Wiedereinstiegskurs erfolgreich ab und haben bis zu 80 % eine neue Chance auf dem Arbeitsmarkt. Das sind gut angelegte Gelder, mit denen wir direkt und konkret Frauen helfen, die ansonsten überhaupt keine Chance auf dem Arbeitsmarkt zum Wiedereinstieg hätten und die weiter zum Teil auf Sozialhilfe angewiesen wären.

In gleicher Form setzen wir uns auch beim Kampf gegen Gewalt an Frauen und Kindern durch die Sicherung von Zufluchtstätten und Hilfen, Bestrafung von Tätern und insbesondere auch in der präventiven Arbeit ein. Ich will noch einmal verstärken, was Frau Abgeordnete Speth bereits gesagt hat: Wir müssen in der Tat stärker im Bereich der Prävention arbeiten und die Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe und der Schule noch stärker vernetzen und intensivieren.

- (B) Ich bin froh, daß alle frauenpolitischen Projekte in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft fortgeführt und teilweise sogar noch ausgebaut werden können. Das kann man angesichts der Finanzsituation gar nicht hoch genug einschätzen. Ich möchte mich ausdrücklich noch einmal bei beiden Fraktionen bedanken, daß die Ansätze, die die Landesregierung schon verstärkt hat, weiter ausgebaut worden sind.

Frau Speth hat darauf hingewiesen, und ich will es von mir aus noch einmal unterstreichen: Die Frauen in Nordrhein-Westfalen schätzen die Kontinuität - ich glaube, Frau Hürten hat es auch gesagt - und Verlässlichkeit unserer Politik. Landesförderung ist eine sichere kalkulierbare Größe für die Frauenprojekte in Nordrhein-Westfalen, und das soll auch so bleiben.

Der Finanzminister hat heute morgen gesagt, daß die Finanzpolitik Nordrhein-Westfalens einen guten Ruf hat. Ich denke, das können wir auch für die Frauenpolitik sagen, und darauf können wir in diesem Hause gemeinsam stolz sein.

Die Schritte, die wir auf der Landesebene nach vorn machen, werden durch die Politik der Bundesregierung konterkariert. Ich will den Blick gar nicht nach Bonn richten, um von unserer Politik abzulenken. Das haben wir gar nicht nötig, weil unsere Politik gut ist. Wir werden nur ständig und regelmäßig mit dieser Bonner Politik konfrontiert. Auch die Frauen im Lande werden von den Kürzungsmaßnahmen konkret und hart getroffen, und wir müssen ihnen sagen, wer dafür verantwortlich ist, weil wir diese Kürzungen nicht durch Landesarbeit und Landesmittel auffangen können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Deshalb ist es wichtig, darauf hinzuweisen.

Wenn der Bundesfrauenrat in diesem Jahr erstmalig die Frauen bundesweit zur Demonstration gegen diese Kürzungsmaßnahmen aufruft, dann ist das ein Zeichen dafür, was dort los ist. Nur unsere Bundesfrauenministerin ficht das überhaupt nicht an, sie bleibt stur und steif sitzen. Es stört sie überhaupt nicht - Herr Linssen hat heute morgen auch ein Beispiel gegeben, daß ihn das überhaupt nicht stört -, und sie verteidigt sogar noch diese Kürzungsmaßnahmen. Das finde ich schofel; das hätte ich von einer Frauenministerin nicht erwartet. Wenn sie doch geschwiegen hätte, wäre es ja gut gewesen. Aber nein, beim Arbeitsförderungsgesetz weist sie sogar stolz auf eine Frauenquote hin; jetzt haben wir also eine Frauenquote im sogenannten Arbeitsreformgesetz.

Dabei verschweigt sie, wie drastisch in diesem Bereich der Arbeitsförderung die Mittel gekürzt und daß die Zugangsvoraussetzungen für die Frauen überall beschnitten werden. Die Frauen werden also in die Maßnahmen zur Qualifizierung, in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gar nicht mehr hineinkommen. Die Erziehungszeiten, die Mutterschutzzeiten werden nicht mehr angerechnet. Frauen, die keine Arbeitslosenhilfe bekommen, können überhaupt keine Qualifizierungsmaßnahmen mehr machen.

Die Pendlerzeiten werden auf drei Stunden hochgesetzt. Eine teilzeitbeschäftigte Frau soll also zweieinhalb Stunden Fahrzeit einkalkulieren. Wie dann eine solche teilzeitbeschäftigte Frau mit sechseinhalb Stunden Gesamtzeit noch Beruf und Familie unter einen Hut bringen soll, das soll mir diese Bundesfrauenministerin einmal erzählen.

(C)

(D)

(Ministerin Ridder-Melchers)

- (A) Die Regelungen, die auf Bundesebene getroffen werden, haben bezogen auf Frauen nur ein Ziel: Die Frauen sollen aus der Statistik, aus den Leistungen der Arbeitsförderung und letztendlich aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt werden. Das alte frauenpolitische, konservative Konzept, das wir schon kennen, soll angewendet werden: Frauen, raus aus dem Arbeitsmarkt, zurück an den Herd!

Herr Flessenkemper hat heute mittag in der Debatte etwas gesagt, was ich noch einmal aufgreifen will. Es ist schon eine besondere Form von Dialektik, die die Konservativen in Bonn betreiben: In Sonntagsreden das Hohelied der Familie singen und im politischen Alltag klammheimlich Frauen, die Kinder erziehen, zum Beispiel den Zugang zum Arbeitsmarkt wegnehmen, die Qualifizierung verbauen und - ich will ein weiteres Beispiel hinzunehmen - den Eltern und den Frauen schleichend das Erziehungsgeld aus der Tasche ziehen. Auch das kommt noch hinzu, aber ansonsten sind sie ja sehr für die Familien.

Ergebnis beim Erziehungsgeld ist zum Beispiel - auch das muß die Bundesfrauenministerin vertreten -, daß heute nur noch 50 % der Eltern ungekürztes Erziehungsgeld bekommen. Da spart sie so nebenbei satte 700 Millionen DM ein, die sie zahlen müßte, aber es ficht sie nicht an.

(B)

Ich könnte noch viele weitere Beispiele der Bundespolitik nennen. Auf eines will ich noch kurz hinweisen, weil dieses Beispiel mich traurig und bitter macht. Es geht um die Frage des eigenständigen Aufenthaltsrechts für Frauen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen bereits Anfang 1994 einen entsprechenden Antrag beschlossen und in den Bundesrat eingebracht. Leider ist dieser Antrag nicht durchgelaufen. Heute sagt die Bundesfrauenministerin: Wir haben einen eigenen Antrag; wir haben jetzt endlich einen Gesetzentwurf.

Da muß ich diese Bundesfrauenministerin fragen, ob es wirklich ein Erfolg ist, daß sich Frauen nicht mehr wie bisher drei Jahre peinigen lassen müssen, sondern nur noch ein Jahr bei ihrem Peiniger ausharren müssen. Ich sage es ganz deutlich: Drei Jahre sind nicht zumutbar, und ein Jahr ist nicht zumutbar; jeder Tag, an dem Frauen von ihren Ehepartnern gepeinigt werden, ist zuviel.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das gilt für deutsche und für ausländische Frauen. Deshalb müßte hier das Recht und müßten

wir alle auf der Seite der Opfer stehen und für ein anderes Recht kämpfen. Ich denke aber, daß auch hier wieder Sendepause ist. Diese Bundesfrauenministerin hat nicht die richtigen Antworten für die Frauen in Deutschland. (C)

Es ist schon darauf hingewiesen worden, was die CDU in Nordrhein-Westfalen veranstaltet. Ich will nur noch einen Punkt ansprechen: Herr Diegel hat sich in einem Punkt bereits geoutet. Er hat in der Debatte für die CDU deutlich gesagt, daß ihm die 244 Stellen für die Frauenhäuser zuviel seien. Herr Diegel sollte den Mut haben, den Frauen in den Frauenhäusern ins Gesicht zu sagen, daß diese Stellen zuviel sind. Vielleicht müssen wir es weitersagen, damit die Frauen wissen, wo es langgeht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

An dieser Stelle wollte ich Frau van Dinther abschließend noch einmal persönlich ansprechen. Sie ist nun leider nicht da - in den anderen Fachausschüssen waren zumindest die Vertreter und Vertreterinnen noch anwesend -, ich will es trotzdem tun, vielleicht liest sie es ja noch nach.

Ich hatte vor, Frau van Dinther zu sagen, daß ich mich gefreut habe, als die CDU nun endlich auf ihrem Parteitag das Frauenquorum beschlossen hat. Ich wollte ihr aber auch sagen, daß ein Quorum allein nicht ausreicht. Es ersetzt keine frauenpolitischen Inhalte; diese sind dadurch nicht überflüssig. Deshalb kann ich die CDU-Fraktion nur bitten, endlich zu einer vernünftigen und konstruktiven Politik zurückzukehren. Frau Speth hat darauf hingewiesen, daß die CDU im Fachauschuß durchaus ab und an bereit ist, konstruktiv mitzuarbeiten. (D)

Aber vor allem sollte die CDU endlich der Bundesebene und insbesondere Frau Nolte in Bonn Bescheid sagen, daß es, wenn sie es mit den Frauen ernst meinen, so in Bonn nicht weitergehen kann. Ich hoffe sehr und bin mir sicher, daß die Frauen 1998 dieser Regierung und dieser Bundesfrauenministerin in Bonn deutlich die Quittung geben und wir endlich andere Mehrheiten bekommen werden für eine andere, eine soziale, eine familien- und frauengerechte Politik in Bonn, die bessere Rahmenbedingungen für unsere Landespolitik schafft. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 11 liegen mir nicht vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir **stimmen ab** über den Einzelplan 11, und zwar entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/1611. Wer für die Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. Danke schön. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Einzelplan 11 mit den Stimmen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **verabschiedet** worden.

Ich rufe auf die Position

Stellenpläne

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1600.**

Ich **eröffne die Beratung** und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Niggeloh das Wort.

(B) **Lothar Niggeloh (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie in den vergangenen Jahren haben wir auch den Landeshaushalt 1997 im Unterausschuß "Personal" ausführlich und intensiv beraten. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders herzlich bei dem Gutachterdienst bedanken, der wieder einmal hervorragende Arbeit geleistet hat und ohne den die Arbeit im Unterausschuß "Personal" nicht vorstellbar ist.

Die Beratungen im Unterausschuß "Personal" waren ebenfalls wie bisher von großem Einvernehmen geprägt. Daß die CDU zum Schluß natürlich einen Aufhänger gesucht hat, um aus den Beratungen auszusteigen, ist offensichtlich wie auch peinlich zugleich.

Lassen Sie mich einige grundsätzliche Bemerkungen zum Personalhaushalt des Landes machen. - Wir alle wissen, daß wir vor schwierigen Zeiten stehen. Insbesondere die in den nächsten Jahren stark ansteigenden Pensionslasten stellen eine große Herausforderung für die Landespolitik dar. Wir werden uns in den nächsten Wochen intensiv mit dem Versorgungsbericht des Bundesinnenministers beschäftigen, der nun ja doch noch gekommen ist. Und wir werden Konsequenzen ziehen müssen. Gemeinsam mit dem Bund und den

anderen Ländern werden wir Lösungen finden, damit die Haushalte der Länder nicht kapitulieren müssen. (C)

Die finanziellen Eckwerte zum Personalhaushalt sind bekannt. Die Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten sich streng an die Generallinie, d. h.: Die Personalausgaben dürfen 50 % der Steuereinnahmen nicht überschreiten, und sie dürfen nicht mehr als 40 % der Gesamtausgaben betragen. Dies sind ehrgeizige Ziele, insbesondere vor dem Hintergrund der ansteigenden Pensionslasten.

Da ist es nötig, die im Rahmen der Organisationsuntersuchungen ausgebrachten kw-Vermerke zügig abzubauen. Ich appelliere daher an die gesamte Landesregierung, den Abbau der kw-Vermerke zügig voranzutreiben. Auch die CDU fordert immer wieder, Personal abzubauen, die kw-Vermerke zügig umzusetzen. Daher verwundert es denn doch, daß sie gerade die Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen bei den Finanzämtern zum Anlaß nimmt, im Unterausschuß "Personal" gegen die weitere Ausbringung von kw-Vermerken zu stimmen.

Ich komme nun zu einigen Schwerpunkten der diesjährigen Beratungen. - Die Landesregierung hat uns ein Überleitungsgesetz vorgeschlagen, das Übergänge vom mittleren in den gehobenen Dienst beim Justizvollzug vorsieht. Wir haben dies im Unterausschuß "Personal" beraten und noch einiges korrigiert. (D)

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß sich die SPD-Fraktion in den kommenden Monaten ganz intensiv um die Probleme des einfachen Dienstes in der Landesverwaltung kümmern wird. Hier gibt es Probleme und Nöte, die dringend einer Lösung bedürfen. Hierzu werden wir im Unterausschuß "Personal" Vorschläge machen.

Schwerpunkt der dritten Ergänzung zum Entwurf des Landeshaushaltes 1997 war die Umsetzung der Organisationsgutachten in der Finanzverwaltung. Das Ergebnis ist: Die Betriebsprüfung wird gestärkt, die Finanzverwaltung effizienter gestaltet, und das nicht allein durch die Ausbringung von kw-Vermerken, sondern durch eine Vielzahl von Investitionen in die elektronische Datenverarbeitung. Zwar liegt der endgültige Schlußbericht der Unternehmensberatung noch nicht vor; das Zahlengerüst ist aber bekannt, und wir haben auch schon in der Vergangenheit solche Umset-